14. Wahlperiode 25. 06. 2002

Unterrichtung

durch den Bundesrat

... Strafrechtsänderungsgesetz – § 129b StGB (... StrÄndG) – Drucksachen 14/7025, 14/8893, 14/9336 –

Einspruch gemäß Artikel 77 Abs. 3 des Grundgesetzes

Der Bundesrat hat in seiner 777. Sitzung am 21. Juni 2002 mit der Mehrheit seiner Stimmen beschlossen, gegen das vom Deutschen Bundestag am 26. April 2002 verabschiedete Gesetz gemäß Artikel 77 Abs. 3 des Grundgesetzes Einspruch einzulegen.

Begründung

Es ist in keiner Weise vertretbar, die so genannte Sympathiewerbung für kriminelle bzw. terroristische Vereinigungen zu entkriminalisieren bzw. in Bezug auf Organisationen ohne Sitz im Inland straflos zu lassen. Die Tatbestände des

§ 129 Abs. 1 und des § 129a Abs. 3 StGB beschreiben strafwürdige und der Strafe bedürftige Verhaltensweisen. Der Strafschutz ist gerade angesichts der Ereignisse vom 11. September 2001 und des Attentats von Djerba unentbehrlich. Es wäre nicht hinnehmbar, wenn in Deutschland straflos für in- und ausländische Terrororganisationen geworben werden dürfte. Hinzu kommt, dass den Strafverfolgungsbehörden durch die Straflosstellung von Sympathisanten Ermittlungsansätze genommen bzw. nicht gewährt werden, um in die terroristischen Netzwerke eindringen zu können.

